

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

9/XXV/58

Bonn, den 26. März 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Aktivität und großer Mut 97

Fünf Monate Regierung Brandt/Scheel - Rückblick und Ausblick

3 Mehr Leben in die Beamtenlaufbahn! 31

Hamburg baut Schranken ab - Austausch: Wirtschaft und Verwaltung

4 Ein Grundstück am Ammersee 32

Seltsames Verhalten der bayerischen Staatsregierung

Von Dr. Reinhold Kaub, MdL

5 Die Schuldigen klagen Unschuldige an 46

Neuer Mammutprozeß in Athen

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Annemarie Renger, SPD-MdB: Diesmal wählten Frauen anders
Zunehmende Verstärkung und bessere Bildung schufen einen neuen Trend

Hedwig Meermann, SPD-MdB: Wohngeld für Alleinstehende
75 Prozent der in Einpersonenhaushalten Lebenden sind Frauen

Augen auf beim "Party"-Kauf

Aktivität und großer Mut

Fünf Monate Regierung Brandt/Scheel - Rückblick und Ausblick

sp - In diesen Tagen des Osterfestes wird sich der eine oder andere Bürger unseres Staates vielleicht fragen, ob die Regierung Brandt/Scheel in den knapp fünf Monaten ihres Bestehens das geleistet hat, was man sich von ihr versprach.

Da sind zunächst einmal die innenpolitischen Probleme, denen sich die neue Bundesregierung nach der Bundestagswahl vom September 1969 gegenübergestellt sah. Während der letzten Wochen der Regierung der Großen Koalition konnte auf wirtschaftlichem und finanzpolitischem Gebiet nicht das getan werden, was die meisten Wirtschafts- und Finanzfachleute für notwendig gehalten hatten. Die Aufwertung der DM mußte von der neuen Regierung durchgeführt werden. Jeder nur einigermaßen mit dem Wirtschaftsgeschehen Vertraute wußte, daß diese Maßnahme zur Stabilisierung der Preise eigentlich zu spät kam und daß der Erfolg nicht so sein konnte, wie er etwa im Sommer 1969 gewesen wäre. Die neue Bundesregierung hat sich nicht beirren lassen. Sie führte die Aufwertung der DM durch. Sie erreichte damit zunächst einen gewissen Anschluß an die Entwicklung der internationalen Währungs- und Finanzpolitik.

Als zweite innenpolitische Maßnahme der neuen Bundesregierung wurde die Bilanzierung der großen Reformvorhaben vorbereitet, die in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigt worden sind. Schon im kommenden Monat wird Bundesminister Walter Arendt den Sozialbericht der Bundesregierung dem Parlament vorlegen. Hierbei geht es um den Versuch, die gesetzlichen Grundlagen für die Bereinigung des schon seit Jahren fast unüberschaubaren Gestrüpps der sozialen Verpflichtungen und sozialen Leistungen in unserem Staat zu schaffen.

Einen Monat danach, im Mai, wird Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt dem Bundestag das Ergebnis seiner Bestandsaufnahme unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vorlegen. Einiges ist auf diesem Gebiet schon geschehen. Vieles muß jedoch neu geordnet und in den Rahmen der innen- und außenpolitischen Gesamtkonzeption der Bundesregierung gestellt werden.

In diesen ersten Monaten der Tätigkeit der Regierung Brandt/Scheel wurde auch zum erstenmal seit Bestehen der Bundesrepublik ein großer Rahmenplan für das gesamte Bildungs- und Hochschulwesen aufgestellt. Es ist erstaunlich, wie relativ schnell die Vorarbeiten hierfür geleistet werden konnten, wenn man bedenkt, daß frühere Bundesregierungen über bescheidene Ansätze auf diesem so wichtigen Gebiet unserer Innenpolitik nicht hinausgekommen sind.

Daß die neue Bundesregierung verpflichtet war und bleibt, eine Wirtschafts- und Finanzpolitik - im Zusammenhang mit der Haushaltspolitik des Bundes - aus einem Guß in die Wege zu leiten, ist selbstverständlich. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat schon in früheren Jahren, als sie noch in der Opposition war, immer wieder auf die Notwendigkeit mittel- und längerfristiger Finanzplanungen hingewiesen. Sofort nach der Regierungsübernahme wurde diese alte Forderung in die Tat umgesetzt. Jetzt endlich bahnt sich in der Bundesrepublik für Bund, Länder und Gemeinden eine übersichtliche Finanzgebarung an,

ohne die ein moderner Staat nicht auskommen kann.

In diesem Zusammenhang muß auf einige Kritiken hingewiesen werden, die in den vergangenen Wochen aus dem Lager der Opposition und zum Teil auch aus der Wirtschaft gekommen sind. Man verlangt in diesen Kreisen einerseits, die Bundesregierung solle in jeder Beziehung die Freiheit des wirtschaftlichen Geschehens in unserem Staat garantieren, andererseits fordert man aber auch, daß der Staat durch direkte Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen seine "Macht" zeige. Auf der einen Seite wirft die Opposition der Regierung vor, sie tue nicht genug zur Dämpfung der Konjunktur, auf der anderen Seite stellt die gleiche Opposition finanzielle Forderungen, bei deren Bewilligung jede Übersicht über die Konjunkturentwicklung verlorengehen müßte.

Auch auf anderen Gebieten macht die Opposition es sich leicht. Dieselben Parteien, die während 20 Jahren die Regierungschefs gestellt haben und zeitweise sogar mit einer absoluten Mehrheit regierten, fordern jetzt von der Regierung Brandt/Scheel, daß sie in sechs Monaten alle Sünden der Vergangenheit aus der Welt schafft.

Außenpolitisch ist die Regierung Brandt/Scheel mit der Verpflichtung angetreten, das westliche Bündnis und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu stärken und nach dem Osten hin, gestützt auf das Vertrauen und die Zustimmung der westlichen Bündnispartner, der Bundesrepublik Deutschland eine neue Operationsbasis zu schaffen. Wenn in letzter Zeit mitunter mehr von der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel die Rede war, so sollte nicht vergessen werden, daß zuvor die europäische Gipfelkonferenz in Den Haag dem europäischen Einigungswerk neue Impulse gegeben hat.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Politik des Ausgleichs auch nach dem Osten hin ist die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages eine wichtige Etappe gewesen. Sicher sind durch die Unterzeichnung gerade dieses Vertrages erst die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß heute in Warschau und Moskau darüber gesprochen werden kann, welche Möglichkeiten sich für eine Politik der europäischen Kooperation bieten.

Das Treffen von Bundeskanzler Willy Brandt mit dem Ministerpräsidenten der DDR, Willi Stoph, in Erfurt wäre gewiß nicht zustande gekommen, wenn die Regierung Brandt/Scheel nicht systematisch eine Politik angesteuert hätte, die anstelle der bisherigen Konfrontation zwischen Ost und West in Europa die Kooperation zu setzen gedenkt. Weitere Gespräche werden folgen: in Moskau, Warschau und Kassel.

Unabhängig davon setzt die Regierung Brandt/Scheel konsequent und pragmatisch ihre Bemühungen um die Ausweitung der wirtschaftlichen und die Steigerung der kulturellen Ost-West-Beziehungen fort. Übergeordnetes Ziel bleibt bei allen diesen Aktivitäten der feste Wille der Bundesregierung, einen praktikablen Beitrag zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens in Europa zu leisten.

Damit sind nur einige wenige Hinweise gegeben worden auf das, was in hochnicht einem halben Jahr politisch in Gang gebracht worden ist. Aber schon sie deuten an: Selten hat eine Bundesregierung zuvor soviel Aktivität gezeigt - und da war noch keine, die soviel Mut zum "kalkulierten Risiko" hatte.

+ + +

Siehe auch: "An den Knöpfen abgezählt..."

Die ersten Sozialreformen auf dem "langen Marsch"

SPD-PresseDienst Nr. 57 vom 25. März 1970.

Mehr Leben in die Beamtenlaufbahn!

Hamburg baut Schranken ab - Austausch: Wirtschaft und Verwaltung

sp - Die Beamtenlaufbahn gilt seit altersher als reichlich starr. In neuerer Zeit wird das besonders empfunden, weil es sich gezeigt hat, daß auch in unseren Verwaltungen mehr von der in der Wirtschaft üblichen Denk- und Arbeitsweise von Nutzen wäre.

Die Hansestadt Hamburg nun hat ihre "Verordnung über die Laufbahnen der hamburgischen Beamten" mit Wirkung vom 1. April 1970 neu gefaßt. Und was da an Neuerungen auf die Beamten zukommt, wird von vielen wahrscheinlich fast wie der Einzug einer ganz neuen Zeit empfunden werden.

Zahlreiche Schranken werden niedergehen!

Für die Beförderung zum Amtmann und Amtsrat im gehobenen und zum Oberrat, Direktor und leitenden Direktor im höheren Dienst werden die bisherigen Vorschriften über Alter und Dienstalder nicht mehr gelten. Bei entsprechender Qualifikation wird es auch leichter als bisher möglich sein, vom gehobenen in den höheren Dienst aufzusteigen.

Um den Wechsel zwischen Beschäftigungen in der Wirtschaft und in der Verwaltung zu erleichtern, sollen einerseits bevorzugt Beamtenbewerber aus der Wirtschaft eingestellt werden und sollen andererseits Beamte mit besonderer Initiative auf eigenen Antrag für eine vorübergehende Beschäftigung in der Wirtschaft beurlaubt werden. Dabei werden die Dienstbezüge natürlich nicht weitergezahlt, aber die "Urlaubszeit" wird nicht von der laufbahnrrechtlichen Dienstzeit abgerechnet.

Auch der Laufbahnwechsel innerhalb der einzelnen Verwaltungen wird erleichtert. Wer im Sozialdienst beschäftigt ist, kann auch in den Verwaltungsdienst "umsteigen" - und umgekehrt. Schließlich werden bei der Übernahme von Angestellten in das Beamtenverhältnis die Vordienstzeiten als Angestellter im öffentlichen Dienst mehr als bisher auf die beamtenrechtliche Probezeit angerechnet.

Wir meinen: Mit all' diesen Neuerungen gibt Hamburg ein Beispiel. Die Hansestadt wird beweisen, daß es möglich ist, mehr Flexibilität in alte und starre Strukturen einzubauen.

+ + +

Ein Grundstück am Ammersee

Seltsames Verhalten der bayerischen Staatsregierung

Von Dr. Reinhold Kaub, MdL

spk - Der Münchner Rechtsanwalt Dr. Thiermann besitzt am Ammersee ein 25.000 qm großes Grundstück; es ist eines der schönsten am Ammersee. Obwohl ein Teil dieses Grundstückes im Flächennutzungsplan der Gemeinde Buch als Baugebiet ausgewiesen ist, bietet Dr. Thiermann es seit Jahren der öffentlichen Hand zum Kauf an, damit sie dort ein Erholungszentrum errichten könne. Die Staatsregierung begrüßte das Vorhaben zwar "grundsätzlich", behauptete aber, kein Geld bereitstellen zu können.

Daraufhin schlug Dr. Thiermann einen Tausch vor. Er wollte gerne ein etwa 8.000 qm großes Grundstück in der Münchner Lazarettstraße haben, weil auf den Nachbargrundstücken ohnehin seine Häuser stehen. Im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtages aber ließ Finanzminister Dr. Pöchner vortragen, dieser Tausch sei nicht akzeptabel. Das Grundstück an der Lazarettstraße sei der ukrainisch-byzantinischen Kirche zugesagt. Außerdem sei das Münchner Grundstück sehr viel wertvoller als das Gelände am Ammersee. Man mußte danach annehmen, daß hier ein Privatmann durch die Spekulation auf das Erholungsbedürfnis der Städter seine Taschen füllen wolle.

Nun ist das Grundstück an der Lazarettstraße tatsächlich wertvoller als das am Ammersee. Warum aber verschwieg die Staatsregierung, daß Dr. Thiermann dem Finanzminister schriftlich vollen Wertausgleich angeboten hat? Und warum schwieg sie sich darüber aus, daß die ukrainisch-byzantinische Kirche das seit langem schon vorliegende Kaufangebot des Finanzministeriums bis heute noch nicht angenommen hat? Warum wurde nicht darauf hingewiesen, daß der rechtskräftige Bebauungsplan der Stadt München einen Kirchenbau auf dem Grundstück der Lazarettstraße nicht vorsieht? Und wieso meint die Staatsregierung eigentlich, daß für die nur rd. 1.300 in Bayern lebenden Angehörigen der ukrainisch-byzantinischen Glaubensgemeinschaft unbedingt eine eigene Kirche ausgerechnet hier gebaut werden müsse?

Fragen über Fragen. Eines aber erkennt man klar: Mit der Verwirklichung des Art. 141 der Bayerischen Verfassung nimmt es die bayerische Staatsregierung nicht eben sehr ernst.

Die Schuldigen klagen Unschuldige an

Neuer Mammutprozeß in Athen

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Vertreter der Elite der griechischen, demokratischen Welt müssen sich am 27. März vor dem Sondermilitärgericht in Athen in einem Prozeß totalitärer Prägung verantworten. 35 Wissenschaftler, die aus renommierten Familien des öffentlichen Lebens in Griechenland stammen, und 20 griechische Bürger, die im Ausland leben (darunter je zwei in Amerika und England), sind von der Justiz der Junta angeklagt, 13 Bombenanschläge in Athen verübt zu haben. Zu ihnen gehören der Führer der griechischen Sozialdemokraten, der Rechtsanwalt Charalambos Protopoulos, der General Georg Iordanidis und die Universitätsprofessoren Georg Mangakis und Dionyssios Karagiorkas.

Das Militärregime klagt diese Bürger nach dem Kriegsrecht an. Es kann sie zu seiner Verlegenheit nicht nach alter Gewohnheit als "Anarchisten abstempelein, da die Angeklagten aus den Schichten kommen, die als Säulen des Staates gelten. Seit Juli vorigen Jahres sitzen die Angeklagten in Untersuchungshaft; jeder Rechtsbeistand wurde ihnen verweigert, und bei den Verhören sind alle gefoltert worden. Trotzdem gelang es dem Sicherheitsdienst nicht, sie zu den erhofften Enthüllungen zu zwingen.

Mit diesem neuen Mammutprozeß bekundet die Militärjunta vor der Weltöffentlichkeit die starke Aktivität der Widerstandsbewegung in Griechenland. Zugleich führt sie die frühere Behauptung ad absurdum, nur Kommunisten würden gegen das Regime opponieren. Die Praxis hat übrigens bewiesen, daß Terror und drakonische Strafen wie ein Bumerang wirken: nach jedem solcher Schauprozesse verstärkt sich der Kampf des griechischen Volkes gegen die Militärregierung.

In Westeuropa ist man um die weit über die griechischen Grenzen hinaus bekannten Angeklagten besorgt. Führende Kreise der SPD äußerten sich beunruhigt wegen der Gefahr, es könnte kein rechtsstaatliches Verfahren bei diesem Prozeß angewendet werden. London und Genf haben Juristen als Prozeßbeobachter nach Athen geschickt; auch der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hat Vertreter entsandt. Immer wieder hatten die Obristen dem Internationalen Roten Kreuz und den westlichen Regierungen versichert, auf dem "Wege zur Liberalisierung" würden sie in Zukunft solche Prozesse vermeiden. Wie andere Versprechen, blieb auch dieses unerfüllt. Der CDU-Abgeordnete Erik Blumenfeld hat geäußert, warum er die Athener Machthaber als die ungläubwürdigsten Partner des Westens bezeichnete. Blumenfeld hatte in der ersten Zeit nach dem Staatsstreich noch geglaubt, das Athener Regime werde entsprechend seinen Erklärungen zu demokratischen Verhältnissen zurückkehren. Das ist nicht geschehen. Eine Antwort darauf ist im April zu erwarten, wenn im Europäischen Parlament in Straßburg über die Suspendierung des Athener Assoziierungsvertrages mit der EWG entschieden wird.